



**FDP Kreisverband Magdeburg
zur Kommunalwahl 2004
FDP - Stark vor Ort**

Magdeburg befindet sich - wie die meisten deutschen Städte und Gemeinden - in einer schwierigen Lage. Nach den Jahren des neuen Aufbaus nach 1990 scheint es derzeit an vielen Stellen nur noch um Stillstand oder Abbau zu gehen. Die Kassen sind leer, die Bevölkerung schrumpft, und junge Leute suchen in großer Zahl ihre Zukunft anderswo.

Diese schwierige Lage bietet aber auch Chancen. Sie zwingt dazu, Schwerpunkte zu setzen, sich auf die wirklich wichtigen Aufgaben zu besinnen und diese konsequent zu verfolgen. Genau dafür will die FDP sich in Magdeburg stark machen.

Die FDP setzt 12 Schwerpunkte:

Aktive Standortpolitik	1
Solide Finanzen.....	3
Schulen mit Qualität und Profil	4
Hochschulstadt Magdeburg.....	6
Kulturstadt Magdeburg.....	6
Sportstadt Magdeburg.....	8
Soziales Magdeburg.....	9
Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum.....	12
Umweltbewusste Stadt.....	13
Offensive Stadtentwicklung und Stadtmarketing	15
Bürgernahe Verwaltung	18
Magdeburg - Motor der Region	19

Die FDP setzt auf das Leitbild der Bürgergesellschaft: Wir identifizieren uns mit unserer Stadt und nehmen das Geschehen in unserer Stadt mehr als bisher in die eigenen Hände. Wir wollen Freiheit durch Verantwortung: Nur das, was die Bürger nicht in Eigen- und Mitverantwortung regeln können, soll die Stadt regeln.

Wir wollen eine Stadt, in der gesunder Wettbewerb gefördert, Leistung anerkannt und zukunftsweisende Ideen unterstützt werden. Wir laden die Magdeburger ein, die FDP zu unterstützen und auf der Basis des folgenden Programms mit uns zusammenzuarbeiten.

Aktive Standortpolitik

Zentrales Anliegen einer liberalen Wirtschaftspolitik in Magdeburg ist es, die wirtschaftliche Basis der Stadt zu stärken, und zwar vor allem im Bereich der Industrie, des Handwerks und der Dienstleistungen. Nur so kann die Abwanderung gestoppt und in eine Zuwanderung umgekehrt werden.

Dazu ist eine aktive Standortpolitik nötig, die sich auf das Entstehen von Arbeitsplätzen im **ersten** Arbeitsmarkt konzentriert: Nicht öffentliche Beschäftigungsprogramme sind nötig, sondern dauerhaft rentable Arbeitsplätze in der privaten Wirtschaft.

Arbeitsmarkt

Vorrang muss die Stärkung des ersten Arbeitsmarktes haben. Die städtischen Beschäftigungsgesellschaften sollen ausschließlich für jene Aufgaben eingesetzt werden, die nicht privatwirtschaftlich wahrgenommen werden können. Vor allem dürfen öffentliche Unternehmen den privaten Handwerkern und Dienstleistern keine subventionierte Konkurrenz machen.

Innovation und Existenzgründungen

Mehr als 13.000 Studenten studieren in Magdeburg, aber die meisten verlassen spätestens nach ihrem Studium die Stadt auf Nimmerwiedersehen. Damit geht Magdeburg ein bedeutendes Potenzial junger, gut ausgebildeter Menschen verloren. Dies muss sich ändern!

Neben den Studenten gibt es eine Vielzahl von initiativreichen Menschen, die den Schritt in die Selbstständigkeit wagen. Die Stadt muss die Ansiedlung technologieorientierter Jungunternehmer stärker fördern. Nicht große und teure Förderprogramme sind dabei gefragt, sondern vor allem Maßnahmen, die Existenzgründungen erleichtern - durch besonders gute örtliche Rahmenbedingungen im Umfeld der Hochschulen. Eine vergleichsweise einfache Maßnahme ist die Bereitstellung von Büroräumen und strukturellen Einrichtungen (Internetanschluss, Fax, Kopierer), um Jungunternehmern den Start in die berufliche Selbstständigkeit zu vereinfachen.

Wirtschaftsförderung und Standort-Marketing

Ansiedlungspolitik muss Chefsache des Oberbürgermeisters werden. Es darf nur **einen zentralen Ansprechpartner** für interessierte Investoren geben, und dies ist der Oberbürgermeister mit einem kleinen Koordinierungsstab. Bei der Betreuung von Investoren müssen bürokratische Hemmnisse und vorhandene Doppelstrukturen restlos beseitigt werden. Es gilt dort, die Professionalität des Personals zu sichern - auch für den Umgang mit internationalen, zumeist englischsprachigen Partnern.

Darüber hinaus darf die Stadt die kleinen und mittleren Unternehmen nicht vernachlässigen, sondern muss auch kleinere Neugründungen in Dienstleistung, Handel und Handwerk aktiv unterstützen.

Ein wesentliches Standbein der Wirtschaft kann der Messe- und Kongresstourismus werden. Für dessen Förderung spricht Magdeburgs zentrale geografische Lage im Schnittpunkt großer Verkehrsachsen sowie eine hohe und bisher nicht ausgelastete Kapazität an Hotelbetten. Eine professionelle Werbung für Magdeburg als Kongressstadt muss diese Chancen stärker als bisher wahrnehmen.

Voraussetzung für eine gute Ansiedlungspolitik sind möglichst niedrige Steuern und Abgaben. Deshalb müssen alle Einsparpotenziale genutzt werden, um Unternehmen und Betriebe nicht über Gebühr zu belasten. Deshalb gehören alle städtischen Ausgaben auf den Prüfstand.

Städtischer Verkehr

Magdeburg verfügt bereits heute über eine Infrastruktur, die im Vergleich zu anderen Großstädten gut ausgebaut ist. Das Ziel der innerstädtischen Strukturplanung muss daher die effiziente Steuerung des Verkehrsflusses und eine gezielte Beseitigung von lokalen Engpässen sein, z.B. am Schleinufer und am Damaschkeplatz.

Die öffentlichen Verkehrsträger müssen dem Bedarf der Bürger in den einzelnen Stadtteilen durch eine kundenfreundliche Gestaltung der Fahrpläne gerecht werden. Die FDP fordert die Stadt Magdeburg auf, die Magdeburger Verkehrsbetriebe (MVB) mit der Prüfung eines besonderen Angebots für den Nachtverkehr zu beauftragen. Der Nachtverkehr könnte so gestaltet werden, dass

- Linien-Sammel-Taxis (LST) auf den MVB-Strecken eingesetzt werden, und zwar fahrplanmäßig auf den festen Routen der Straßenbahn und Buslinien,
- die Preisgestaltung entsprechend den bisherigen Nachtтарifen des ÖPNV erfolgt,
- entsprechende Verträge zwischen MVB und den Taxiunternehmen abgeschlossen werden.

Ziel ist es, den durchgehenden Nachtverkehr wieder herzustellen.

Verkehrsinfrastruktur

Magdeburg liegt im geografischen Mittelpunkt von drei Großregionen: Leipzig/Halle, Hannover/Braunschweig und Berlin. Daher muss die regionale Verkehrsplanung darauf zielen, diese einmalig günstige Lage Magdeburgs als Drehkreuz der Verkehrsströme auszubauen.

Das „Drehkreuz Magdeburg“ muss zu einem nationalen und internationalen Markennamen werden. Wichtig ist deshalb, die Ansiedlung von Unternehmen im Bereich der Logistik noch mehr als bisher zu fördern.

Was die Flughafenbindung der Landeshauptstadt betrifft, fordert die FDP die Stadt Magdeburg auf,

- für den Magdeburger Flugverkehr in Zukunft die Nutzung des Flughafens Cochstedt vorzusehen,
- das Land Sachsen-Anhalt zu veranlassen, durch Prioritäten in der Straßenbauplanung den Verkehrsanschluss des Flughafens Cochstedt

nach Magdeburg zu verbessern (u.a. durch die Ortsumgehung Schneidlingen),

- an der Gesellschaft des Flughafens Cochstedt Anteile zu erwerben und die Umbenennung des Flughafens Cochstedt in „Flughafen Magdeburg-Cochstedt“ zu veranlassen.

Auf den bisher geplanten Ausbau des Flugplatzes Magdeburg-Süd mit Verlegung der Bundesstraße B 71 sollte verzichtet werden.

Solide Finanzen

Magdeburg hat derzeit Schulden in Höhe von etwa 250 Millionen Euro, das sind ca. 1000 Euro pro Einwohner. Dies ist auf Dauer zu viel, auch wenn viele andere Städte und Landkreise erheblich schlechter dastehen. Es ist deshalb eine konsequente Konsolidierungspolitik für die städtischen Finanzen nötig. Dies gilt umso mehr, als die Zahl der Einwohner derzeit noch weiter sinkt und damit auch die Höhe der finanziellen Zuweisungen aus Bund und Land abnimmt.

Die FDP begrüßt die bereits begonnenen Maßnahmen der Stadt, Kosten einzusparen und damit Ausgaben zu senken. Sie unterstützt die Bemühungen, bis 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Gespart werden muss dabei in allen Bereichen der städtischen Verwaltung und der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben.

Allerdings: Sparen verlangt Augenmaß. Sparen ist auch eine Chance, Schwerpunkte zu überprüfen und neu zu setzen. Aus der Finanzkonsolidierung muss Magdeburg als Landeshauptstadt dauerhaft gestärkt hervorgehen: als Sitz der Landesregierung, als Zentrum von Bildung, Forschung und Wissenschaft, als Zentrum von Kultur und Sport sowie als Stadt, in der die Menschen auf ein vielfältiges soziales Angebot zurückgreifen können.

Schulen mit Qualität und Profil

Magdeburgs Schulen befinden sich im Umbruch. Die FDP ist seit Jahren für bessere Rahmenbedingungen der Schulen in Sachsen-Anhalt eingetreten. Seit sie an der Landesregierung von Sachsen-Anhalt beteiligt ist, wurden eben diese Rahmenbedingungen verwirklicht. Dazu gehören:

- Bildungsauftrag der Kindertagesstätten,
- Einführung der Grundschule mit verlässlichen Öffnungszeiten, d.h. ohne verpflichtende Anwesenheit außerhalb des Unterrichts,
- Stärkung der Kernfächer (wie Deutsch, Mathematik) in allen Schulformen,
- Fremdsprache ab Klasse 3,
- landesweite Vergleichsarbeiten in ausgewählten Fächern (Deutsch, Mathematik, erste Fremdsprache), um auch den Leistungsvergleich zwischen den Schulen zu ermöglichen,

- Profilierung der Sekundarschule,
- Abschaffung der Förderstufe und
- Einführung des Abiturs nach 12 Jahren.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass Magdeburg auch in Zukunft ein vielfältiges Angebot an schulischen Bildungseinrichtungen vorzuweisen hat. Private Träger bereichern die Bildungslandschaft maßgeblich. Die FDP unterstützt auch die Überführung der Volkshochschule in eine private Trägerschaft.

Die Investitionen für die Sanierung der Schulen sind auf die nach dem Schulentwicklungsplan zu erhaltenden Gebäude und Ausrüstungen zu konzentrieren.

Schule ist ein Mittelpunkt des sozialen Lebens. Schule bietet Raum für vielfältiges Bürgerengagement. Sie gewinnt, wenn sich möglichst viele für sie interessieren und in der Schule mitmachen, nicht nur Lehrer, Schüler und Eltern. Die FDP fordert Schulen mit Profil. Das heißt im Einzelnen:

- Schulprogramme zur Aufwertung des Schulstandorts und zur Zusammenarbeit von Lehrern, Schülern und Eltern,
- bessere Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen,
- Einführung einer Fremdsprache - z.B. als Arbeitsgemeinschaft - bereits ab Klasse 1,
- bessere Förderung leistungsschwacher Schüler und Förderung Hochbegabter,
- Öffnung der Schuleinzugsbereiche zur Förderung des Wettbewerbs zwischen den Schulen und zur besseren Berücksichtigung des Elternwillens,
- Ausbau von Schulpartnerschaften, auch zu Unternehmen.

Die FDP setzt sich für neue Ideen ein, die die Schulen stärker öffnen und Gesellschaft und Schule intensiver miteinander verbinden:

- Hilfestellung bei der Einrichtung einer Schulbuchbörse für Magdeburg,
- Förderung projektorientierten Unterrichts durch Einbeziehung außerschulischer Lernorte,
- Qualifizierung des berufsvorbereitenden Unterrichts (z.B. durch Einrichtung einer zentralen Praktikumsbörse für Magdeburg),
- Verbesserung der Arbeit mit neuen Medien (z.B. durch einen Technik-Beirat an der Schule),
- Pflege von Schultraditionen durch Aufbau und Pflege von Kontakten zu "Ehemaligen",
- Nutzung der Schulräumlichkeiten durch Externe (z.B. Vereine),
- Verbesserung der Zusammenarbeit von Schulen.

Hochschulstadt Magdeburg

Magdeburgs Hochschulen sind wichtige Arbeitgeber. Sie sind ein zunehmend wichtiger Teil des wissenschaftlichen und kulturellen Lebens der Landeshauptstadt. Die Otto-von-Guericke-Universität und die Hochschule Magdeburg-Stendal haben ihre Position im Wettbewerb der Hochschulen in den letzten Jahren weiter ausgebaut. In nationalen und internationalen Ranglisten der Qualität in Lehre und Forschung stehen einige Fakultäten auf Spitzenplätzen. Trotz zunehmend schwieriger Haushaltslage nutzen die Magdeburger Hochschulen ihre Chancen, eigenständige Profile in Forschung und Lehre zu entwickeln und Studenten aus dem In- und Ausland anzuziehen. Die wissenschaftlichen Leistungen der Hochschulen und der hochschulnahen Institute – wie Fraunhofer-Institut oder Max-Planck-Institut – haben den guten Ruf des Wissenschafts- und Forschungsstandorts Magdeburg neu begründet. Dies gilt es,

- durch eine bessere Abstimmung zwischen den Entscheidungsträgern des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts und
- durch eine bessere Partnerschaft der Hochschulen mit den Unternehmen der Region und den Bürgern der Stadt weiter zu festigen.

In Zeiten harter Sparzwänge hat die Landesregierung mit dem Instrument „Globalhaushalt“ der Universität zugleich Freiheit und Verantwortung über ihre Finanzen in die Hand gegeben. Die bestehenden Spielräume müssen genutzt werden. Die FDP spricht sich für eine Konzentration und Profilierung der Hochschulen im nationalen und im internationalen Wettbewerb aus.

Was bei den Magdeburger Hochschulen fehlt, ist eine stärkere Präsenz in der Stadt selbst und im kulturellen Leben. Magdeburg ist noch nicht zu einer wirklichen Universitätsstadt geworden, in der Studenten und Hochschulen eine wesentliche Rolle im städtischen Leben spielen. Dazu bedarf es ergänzender Maßnahmen, die eine stärkere Einbindung der Hochschulen in das städtische Leben ermöglichen. Daher fordert die FDP

- verbesserte Zusammenarbeit von den Schulen und Hochschulen der Stadt,
- Entwicklung von Gesprächs- und Vortragsreihen, die gezielt aktuelle Fragen der Stadtentwicklung Magdeburgs bzw. aktuelle gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Fragen aufgreifen,
- bessere Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, Landesregierung und Bürgern mit den Hochschulen,
- Erleichterung von Unternehmensgründungen im Hochschulumfeld,
- Vernetzung von Hochschul- und Stadtbibliothek und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen,
- den Erhalt des Instituts für Musik an der Otto-von-Guericke-Universität, um dessen positiven Einfluss auf das Kulturangebot und die musikalische Erziehung junger Menschen in Magdeburg und der gesamten nördlichen Region Sachsen-Anhalts auch in Zukunft zu sichern,
- Partnerschaften zwischen Hochschulen, Unternehmen und Bürgern für das Kulturzentrum „Kaserne Mark“ und für weitere Projekte.

Kulturstadt Magdeburg

Ein vielfältiges Kulturleben ist ein wichtiger Gradmesser für die Lebensqualität einer Stadt. Kulturelle Einrichtungen und ein breit gefächertes Angebot von Aktivitäten gehören zu den attraktiven Standortfaktoren – auch im Tourismus und bei der Ansiedlung von Unternehmen. Die Förderung der Kultur ist deshalb kein Luxus, sondern Notwendigkeit, vor allem in einer Landeshauptstadt, die zugleich kulturelles Zentrum ist.

Die Kulturpolitik Magdeburgs steht vor großen Herausforderungen. Es müssen erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um das reiche 1200-jährige Kulturerbe der Stadt zu bewahren und auch modernen kulturellen Tendenzen Raum zu geben.

Kultureller Reichtum entsteht aus der Ergänzung städtischer Kulturinstitutionen durch private Einrichtungen mit großer Eigenverantwortung der jeweiligen Träger. Vielfalt ist möglich durch kommunale Förderung und bürgerschaftliches Engagement.

Besonders in Zeiten knapper Kassen sind alle Verantwortlichen aufgefordert, sich für den Erhalt der Vielfalt und Breite des städtischen Kulturlebens einzusetzen. Dies bedeutet auch, die vorhandenen Strukturen zu verändern und anzupassen, um mögliche Synergieeffekte zu nutzen. Die Haushaltsmittel müssen im Bereich der Kultur effektiver eingesetzt werden, auch durch stärkere Zusammenarbeit der betroffenen Einrichtungen. Empfänger öffentlicher Gelder unterliegen der besonderen Verpflichtung, Eigeninteressen zu überwinden und sich dem Ziel des Erhalts einer breiten Kulturlandschaft unterzuordnen.

Deshalb fordert die FDP,

- die kulturellen Höhepunkte in Magdeburg noch effektiver als bisher zur imagebildenden Werbung für unsere Stadt einzusetzen,
- das Theater der Landeshauptstadt und die Freien Kammerspiele zusammenzuführen - mit dem Ziel, künstlerische Profile und bestehende Spielstätten zu erhalten, aber notwendige Einspareffekte zu realisieren,
- die Attraktivität der Museen weiter zu erhöhen, das Technikmuseum zunächst in seinem Bestand zu sichern, und das Engagement seines Fördervereins weiter zu unterstützen,
- die Musikkultur in Magdeburg zu erhalten - durch die weitere Förderung von Magdeburgischer Philharmonie, Telemann-Zentrum und Telemann-Konservatorium, Musikvereinen und Chören,
- traditionelle Festivals, wie die Telemann-Festtage, die internationale Puppentheaterwoche sowie Aktivitäten anderer privater Träger zu fördern,
- die Vorbereitung der 1200-Jahrfeier Magdeburgs, die im Jahr 2005 stattfinden wird, weiter zu unterstützen,
- kulturelle Jugendarbeit stärker zu fördern, soziokulturelle Einrichtungen stadtteilbezogen zu erhalten bzw. auszubauen,

- städtische Verwaltungsstrukturen zu straffen oder durch effektivere Strukturen zu ersetzen, wie beispielsweise das Kulturamt durch ein innovatives, leistungsorientiertes Kulturmanagement mit hoher Fachkompetenz,
- die MMKT (Magdeburg Marketing Kongress Tourismus GmbH) auf ihre Effizienz hin zu überprüfen,
- ein Konzept für die kontinuierliche Bespielung attraktiver Standorte wie Domplatz, Jerichower Platz, Möllenvogtei u.a.m. zu entwickeln,
- gezielt das private und ehrenamtliche Engagement im Bereich der Kultur zu fördern, auch bei der Entwicklung der Stadtteilkulturen,
- die städtische Breitenkultur durch projektbezogene Förderung zu pflegen, Aktivitäten von Künstlern und Vereinen zu unterstützen, Kooperationen mit Vereinen, Verbänden und Kirchen auszubauen, um kreative Konzepte zu entwickeln, die vor allem Kindern und Jugendlichen sinnvolle Freizeitangebote und -beschäftigungen bieten.

Die FDP fordert die Stadt Magdeburg auf, den Zoologischen Garten der Stadt umfassend zu modernisieren. Ziel muss es dabei sein,

- den Zoo kundenfreundlicher und tierartgerechter zu gestalten, das populärwissenschaftliche Begleitprogramm zu verbessern und das Angebot an gastronomischen Leistungen attraktiver zu machen,
- die Besucherzahlen und den Grad der Selbstfinanzierung des Zoos auf Dauer zu erhöhen,
- den Zoo in der Rechtsform einer GmbH zu führen und Umlandgemeinden, deren Bewohner die Angebote des Zoos nutzen, zu veranlassen, Anteile an der GmbH zu erwerben.

Sportstadt Magdeburg

Magdeburg ist eine Sportstadt. Magdeburg hat erfolgreiche Spitzensportler und eine umfangreiche Sportinfrastruktur, die von Vereinen getragen und durch die öffentliche Hand unterstützt wird.

Die FDP Magdeburg will den Begriff "Sportstadt Magdeburg" mit noch mehr Leben füllen. Sie unterstützt deshalb insbesondere

- die bedarfsgerechte Bereitstellung von Freizeit-, Sport-, Spiel- und Erholungseinrichtungen,
- eine verbesserte Abstimmung zwischen dem Stadtsportbund, der Volkshochschule und der Universität, um Konkurrenzangebote zu vermeiden,
- die Erhaltung und weitere Verbesserung der Sportschulen in Magdeburg und
- die stärkere Betonung des Sports in der Werbung für die Stadt und den Standort Magdeburg.

Freizeit- und Vereinssport haben eine Schlüsselfunktion für die Gesellschaft. Sie führen in allen Altersgruppen – insbesondere bei den Jugendlichen - zu einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung. Sie fördern die Gesundheit und den Gemeinsinn. Die Schaffung von Angeboten für so genannte Trendsportarten sind zwar eine Bereicherung, können jedoch das nachhaltige Angebot von Universalsportplätzen nicht ersetzen.

Die geplante Erneuerung des Ernst-Grube-Stadion auf 25.000 Plätze soll weiterverfolgt und durch einen privaten Investor realisiert werden.

Eine Erweiterung der Bördelandhalle soll von der Stadt nur wohlwollend begleitet, nicht aber mitfinanziert werden.

Grundsätzlich kann die Bereitstellung von Sportstätten für den Leistungssport nur bei einer finanziellen Beteiligung der Nutzer erfolgen. Bei Sportstätten für den Kinder-, Jugend- und Breitensport sollten allerdings nur sehr begrenzte Beiträge der Nutzer festgelegt werden, damit die Gebühren nicht abschreckend wirken und dem Sport schaden.

Soziales Magdeburg

Familien und Kinder

Frauen und Männer sehen sich oft vor die Qual der Wahl gestellt: Kindererziehung oder Beruf; deshalb müssen bessere Möglichkeiten geschaffen werden, beides miteinander zu verbinden - für ein familienfreundliches Magdeburg.

Die FDP fordert daher,

- ein vielfältiges Angebot bei der Kinderbetreuung zu unterstützen, z. B. auch flexiblere Betreuungsmodelle (Tagesmütter, nutzerfreundliche Öffnungszeiten von Kindertagesstätten),
- die Einrichtung von betrieblich und privat organisierten Kindergärten zu erleichtern,
- eine familienfreundliche Unternehmenskultur mit Angeboten flexibler Arbeitszeiten und –organisationsformen sowie eine familienbewusste Personalpolitik zu fördern.

Frauen

Frauen sind in allen Politikbereichen in gleicher Weise betroffen wie Männer. Das will die FDP deutlich artikulieren. Es verbieten sich daher zielgruppenspezifische Einzelmaßnahmen. Es entspricht liberalem Grundverständnis, dass sich der Staat möglichst wenig in die Eigenverantwortung der Bürger einmischt. Gleichwohl gibt es extreme Situationen, in denen der Staat verpflichtet ist, unterstützend einzugreifen. Dazu gehört etwa familiäre Gewalt. Obwohl das neue Gewaltschutzgesetz die Position der Frauen stärkt, sieht die FDP die Notwendigkeit von Frauenhäusern.

Die FDP fordert,

- Frauenhäuser als erste Zuflucht vor häuslicher Gewalt zu verstehen - und nicht als dauerhafte Wohngemeinschaft mit sozialpädagogischer Betreuung,
- Opfer von häuslicher Gewalt zu unterstützen, und zwar mit dem Ziel, ihnen so schnell wie möglich ein neues Selbstwertgefühl zu geben, um ein eigenverantwortliches und unabhängiges Leben führen zu können,
- die Plätze in den Frauenhäusern einzusparen, die durch das Gewaltschutzgesetz frei werden, und die Mittel für andere soziale Projekte einzusetzen,
- die städtisch geförderten Frauenkommunikationszentren auf ihre ursprüngliche Aufgabe zurückzuführen, nämlich die Hilfe zur Selbsthilfe, und dabei den Gedanken ehrenamtlichen Engagements in den Vordergrund zu stellen.

Jugendliche

Die Förderung von Jugendlichen ist eine unverzichtbare Zukunftsinvestition. Jugendarbeit ist zentrale Aufgabe örtlicher Kommunalpolitik. In den Städten und Gemeinden müssen deshalb entsprechende Angebote vorgehalten werden. Für die FDP ist darüber hinaus die Vermittlung von Werten und sozialem Verhalten ein vordringliches Anliegen. Hierzu brauchen die Jugendlichen Freiräume und Möglichkeiten, um ihr Leben verantwortungsbewusst gestalten zu können.

Die FDP fordert,

- Jugendliche stärker an kommunalpolitischen Entscheidungen teilhaben zu lassen - durch einen demokratisch legitimierten Jugendstadtrat,
- für "Problemjugendliche" die Stellen für aufsuchende Jugendarbeit (z.B. Streetworker) aufzustocken,
- ein breites Spektrum von Ausbildungs-, Freizeit- und Bildungsangeboten bereit zu halten,
- ehrenamtliche Jugendleiter auch weiterhin aus- und fortzubilden,
- eine stärkere Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Jugendarbeit (Vereine, Verbände und Kirchen),
- eine bessere Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel, die der Nachfrage der Jugendlichen entspricht (z.B. Überarbeitung des MVB-Nachtfahrplans, Nacht- und Sammeltaxi).

Senioren

Über zwanzig Prozent der Bürger Magdeburgs sind Senioren. Sie verfügen über breites Wissen, zahlreiche Fähigkeiten und wichtige Erfahrungen. Dieses aktive Potenzial zu erhalten und zu nutzen muss ein Anliegen der Gesellschaft sein. Mit dem Eintritt in den Ruhestand dürfen die Älteren nicht automatisch zum Betreuungsobjekt von Politik, Gesellschaft und Staat werden.

Senioren wollen nicht ins Abseits geschoben, sondern als gleichberechtigte Bürger behandelt werden. Sie wollen sich entsprechend ihren Wünschen und Möglichkeiten entfalten. Sie wollen, auch im Alter, ihr Leben selbstständig und lebensbejahend führen und dabei im Dialog mit allen Generationen stehen. Sie wollen ihr Leben so lange wie möglich selbst bestimmen und auch politisch mitbestimmen. Das erfordert entsprechende Wohnformen, Seniorenbüros, Seniorenklubs, Hilfsbörsen und Vereine zur gegenseitigen Unterstützung.

Dies bedeutet aber auch, dass die Gesellschaft und die Politik Rahmenbedingungen für die Teilnahme der älteren Generation in unserer Gesellschaft setzen müssen. Dafür will sich die FDP stark machen.

Die FDP Magdeburg fordert:

- mehr Generationengerechtigkeit und gegenseitige Akzeptanz,
- gemeinschaftliche, Generationen übergreifende, bezahlbare Wohnprojekte,
- Seniorenwohnheime im Stadtzentrum, nicht auf der „grünen Wiese“,
- seniorengerechter Umbau von Plattenbauten im Rahmen des Stadtumbaus Ost,
- Angebote zur Weiterbildung oder Interessenvertiefung zu erweitern,
- leistungsfähige Senioren stärker in die Gesellschaft einzubinden, u.a. durch freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeiten - wie z.B. in Sportvereinen, Bibliotheken, Schulen und anderen kommunalen Einrichtungen,
- eine bessere Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, die der Nachfrage älterer Bürger entspricht,
- eine Stärkung der Seniorenvertretung in der Landeshauptstadt.

Menschen mit Behinderungen

Behinderte Menschen in Magdeburg sollen die Möglichkeit haben, sich aktiv zu beteiligen und öffentlichkeitswirksam auf sich und ihre Interessen aufmerksam zu machen. Der Einzelne darf in der Massengesellschaft nicht verloren gehen und vereinsamen. Soweit möglich sollen Behinderte die Chance haben, mit Nichtbehinderten zusammen zu arbeiten. In unserer Stadt, in unserer Gesellschaft von morgen wird es normal sein, verschieden zu sein.

Die FDP fordert daher:

- eine aktive kommunale Behindertenpolitik zu gestalten, mit dem Ziel, die Möglichkeiten und Fähigkeiten auszubauen, eine menschenwürdige und selbst bestimmte Lebensführung zu sichern
- hierfür insbesondere die soziale und berufliche Integration, die Mobilität (Ausbau der barrierefreien Nutzung des ÖPNV, z.B. durch Niederflurtechnik), die Erreichbarkeit öffentlicher Gebäude und die Auskunfts- und Beratungsangebote für behinderte Menschen zu verbessern

- die Integration und Förderung von Menschen mit Behinderungen aller Lebensalter - bei Kindern möglichst schon im Kindergartenalter - in intensiver Zusammenarbeit mit freien Trägern zu verbessern
- weitere Anreize für Unternehmen, Menschen mit Behinderungen einzustellen
- behindertengerechte Wohnungen - auch im Rahmen des Stadtumbaus Ost- zu erhalten bzw. neu zu schaffen

Spätaussiedler und ausländische Bürger

Magdeburg ist die neue Heimat für zahlreiche Spätaussiedler und ausländische Bürger. Sie wollen und sollen Magdeburger werden, aber die Wurzeln ihrer Kultur bewahren. Die wichtigste Voraussetzung für die Integration in eine Kultur ist die Kenntnis der Sprache.

Daher fordert die FDP Magdeburg:

- mehr verpflichtende Deutschkurse für Erwachsene sowie separate Kursangebote für Kinder und Jugendliche, z.B. in Kindergärten und Schulen,
- kommunale „Lotsen“, die das Integrationsprogramm begleiten und bei Behördengängen und Arbeitsmaßnahmen behilflich sind,
- ein kommunales Netzwerk für Integration in den Behörden, Bildungseinrichtungen etc., um die Informationsflüsse sicherzustellen und die Finanzmittel möglichst effizient einzusetzen.

Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum

Die objektive Sicherheitslage und das subjektive Sicherheitsgefühl, aber auch die Sauberkeit in der Stadt sind nicht nur wichtige wirtschaftliche und touristische Standortfaktoren, sondern ganz wesentliche Bestandteile der Wohn- und Lebensqualität aller Bürger in Magdeburg.

Die Durchsetzung von Sicherheit und Ordnung ist zu allererst Aufgabe der Stadt. Dieser Aufgabe kann die Verwaltung aber nur gerecht werden, wenn sie dabei von den Bürgern aktiv unterstützt wird.

Die Magdeburger wollen, dass:

- man gegen Gewaltbereite vorgeht,
- die Zerstörung und mutwillige Verschmutzung von Spielplätzen, Parkanlagen, Haltestellen verhindert
- man gegen ruhestörenden Lärm in Wohngebieten vorgeht,
- der Verschandelung der Stadt durch Graffiti offensiv begegnet,
- die Verunreinigung des öffentlichen Raumes durch Hundekot abstellt,

- die „Knöllchen-Praxis“ der Stadtverwaltung, z.B. anlässlich von Großveranstaltungen, verändert wird.

Die Stadt muss diese Probleme durch schlüssige Maßnahmen angehen und dabei den rechtlichen Spielraum konsequent nutzen.

Sicherheit muss der Bürger vor allem aber auch persönlich wahrnehmen können. Die Stadt muss deshalb verstärkt über die Medien Aufklärungserfolge verbreiten, um das subjektive Sicherheitsgefühl zu verbessern. Die Polizeibeamten müssen in den Stadtteilen intensiver wahrgenommen werden und direkten Kontakt zu den Bürgern suchen.

Die FDP fordert deshalb:

- Verbesserung des Stadtordnungsdienstes, insbesondere durch größere Präsenz im öffentlichen Raum,
- bessere Sicherheitspartnerschaft zwischen Schule und Polizei,
- die Einführung einer Kurzparkmöglichkeit („Brötchentaste“ oder eine vergleichbare Regelung) vor Schulen und ausgewählten Standorten in der Innenstadt und in den Stadtteilzentren,
- die standortunabhängige Gültigkeit von Parkscheinen im Innenstadtbereich,
- MVB-Parkscheine sollten 120 Minuten Gültigkeit haben,
- einen aktiven Beitrag der Bürger an der Sauberhaltung des öffentlichen Raums,
- Bereitstellung ausreichender Mülleimer und Papierkörbe,
- umgehende Entfernung neuer Graffiti,
- Überprüfung der Hundeauslaufwiesen auf ihre Tauglichkeit,
- Mitwirkung der Hundehalter bei der Reinhaltung der Straßen,
- Durchsetzung von Leinenpflicht und Maulkorbzwang in der Straßenbahn,
- konsequente Abschlepppraxis beim rücksichtslosen Zuparken von privaten und öffentlichen Einfahrten sowie Gehwegen.

Umweltbewusste Stadt

Umweltpolitik darf nicht auf Fragen des Naturschutzes reduziert werden.

Umweltpolitik ist vor allem eine Frage des Vorsorgenden Gesundheitsschutzes und der Schaffung und Erhaltung von Lebensräumen, die für den Menschen lebenswert sind. Die FDP Magdeburg setzt sich deshalb für einen vernünftigen Ausgleich zwischen ökologischen und anderen gesellschaftlichen Interessen ein.

Energiemanagement

Durch ein effizientes Energiemanagement lassen sich die Umweltbelastungen vermindern und zugleich die Energiekosten für die Stadt in nennenswertem Umfang senken.

Die FDP fordert,

- alle kommunalen Liegenschaften, wie Turnhallen und Schulen, einem strengen Energiemanagement zu unterwerfen,
- Public Private Partnership-Modelle (PPP) wie das Energiecontracting für öffentliche Gebäude – z.B. durch den Einkauf von Wärmeleistungen – zu prüfen,
- die Anwendungen für regenerative Energien (z.B. Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden) zu prüfen,
- innovative Technologien, die an den Hochschulen in Magdeburg entwickelt werden, nach Möglichkeit zu berücksichtigen,
- marktwirtschaftliche Erschließung bestehender wie künftiger Einsparungspotentiale in den Bereichen Wärmetechnik, Elektrizität und Verkehr

Sicherung der Lebensqualität

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Wahrnehmung der sozialen Verantwortung stellen für uns eine Einheit dar. Zu den elementaren Voraussetzungen für Gesundheit und Lebensqualität der Menschen gehören eine intakte Umwelt, biologische Vielfalt, Schutz vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Schadstoffe, sauberes Trinkwasser, gepflegte Kulturlandschaften sowie ein menschengerechtes Wohnumfeld.

Die FDP fordert:

- Schutz und Pflege der Natur und Kulturlandschaft - wir brauchen in diesem Bereich ein größeres ehrenamtliches Engagement der Magdeburger und Magdeburgerinnen,
- ausreichende öffentliche Infrastruktur,
- Umweltberatung bei Abfallvermeidung und –entsorgung: Die FDP setzt auf Eigeninitiative und Selbstverantwortung,
- umfassende Informationstransparenz, z.B. beim Verbraucherschutz

Tierschutz

Das Wohl der Tiere ist uns wie vielen Magdeburgern ein wichtiges Anliegen. Dabei richtet sich unser besonderes Augenmerk auf schützbedürftige Tiere.

Die FDP fordert deshalb:

- den vom Stadtrat beschlossenen Tierheimneubau ohne weitere Verzögerungen und im vorgesehenen Rahmen zu realisieren, d.h. den Grundstücksverkauf, die Planung und die Ausschreibungen unverzüglich in Angriff zu nehmen und alles dafür zu tun, damit noch 2004 Baustart ist.

Kleingärten

Kleingärten bieten vielen Menschen die Möglichkeit der Erholung. Besonders Gärten, die in unmittelbarer Nachbarschaft von Wohngebieten mit einem

Defizit an öffentlichen Grünanlagen liegen, haben eine wichtige Erholungsfunktion. Sie werten diese Wohngegenden auf, denn sie sind grüne Freizeit-Oasen. Einige Gartensparten sind bereits Anlaufstellen für Erholungssuchende geworden. Außerdem gibt es Partnerschaften zwischen Kindergärten, Schulen und Kleingärten.

Die FDP fordert die Stadt Magdeburg auf, das Gespräch mit den Kleingartensparten zu suchen und dabei noch mehr als bisher die Öffnung der Kleingärten für Erholungssuchende zu fördern.

Die FDP begrüßt es, wenn

- Gartensparten in der Gartensaison tagsüber öffentlich zugänglich sind,
- Rundgänge bzw. Durchgänge durch die Sparten attraktiv gestaltet werden,
- Vereinsheime auch von Nichtmitgliedern der Sparten besucht werden und durch attraktive Außenanlagen (z.B. Sitzplätze, Anpflanzungen, Fahrradständer) ein Begegnungsort werden,
- Kleingärten als Lernort für Schulen und Kindergärten genutzt werden.

Die Kleingärtner und die Bewohner der angrenzenden Wohngebiete stehen in einem nachbarschaftlichen Verhältnis. Jedoch kommt es durch das Verbrennen von Gartenabfällen jedes Jahr zu Konflikten. Die Belastung durch den Rauch stellt vor allem im Hinblick auf die zunehmende Zahl der Menschen mit Allergien und asthmatischen Erkrankungen ein hohes gesundheitliches Risiko dar. Aus diesem Grund muss die Rauchbelastung im Frühjahr und Herbst drastisch reduziert werden.

Die FDP fordert,

- die Kleingärtner und Grundstückseigentümer anzuhalten ihre Grünabfälle selbst zu kompostieren.
- für Gartenabfälle, die nicht selbst kompostiert werden können, durch die Stadt den Gartensparten einen Abholservice (z.B. Container) zur Verfügung zu stellen; das Verbrennen im Stadtgebiet entfällt.
- belastete Grünabfälle werden in besonders dafür gekennzeichneten Containern gesammelt und abgeholt. Diese werden in zweckmäßiger Form entsorgt. Sie können so in der Müllverbrennungsanlage zur Energiegewinnung genutzt werden.
- die Umsetzung durch die Stadt in Abstimmung mit den Städtischen Werken und den Kleingartensparten.

Offensive Stadtentwicklung und Stadtmarketing

Historisches Zentrum

Magdeburg hat trotz der Zerstörungen durch Krieg und Nachkriegszeit noch immer eine bedeutende historische Bausubstanz. Zwischen Hasselbachplatz und Johanniskirche sind mittlerweile zahlreiche Baudenkmäler mit großem

technischen und finanziellen Aufwand restauriert und liebevoll wieder hergerichtet worden. Architektonische Herzstücke der Stadt befinden sich am Domplatz und in dessen Umfeld. Hier wird der Geist des alten Magdeburg am intensivsten spürbar. Trotz der aufwändigen Wiederherstellung sind diese Plätze viel zu wenig belebt und von den Magdeburgern nicht wirklich intensiv genutzt.

Es bedarf deshalb in der Stadtentwicklungspolitik einer neuen Schwerpunktsetzung: nicht ausschließlich denkmalpflegerische Gesichtspunkte müssen im Vordergrund stehen, sondern zunehmend systematische Maßnahmen zur Belebung der historischen Innenstadt. Nicht museale Öde ist das Ziel, sondern großstädtische Vitalität auf historischem Grund.

Die FDP fordert deshalb

- attraktive Standorte der Innenstadt durch häufige kulturelle Veranstaltungen zu beleben, z.B. Märkte, Theater- und Musikaufführungen,
- durch flexibles Verwaltungshandeln Möglichkeiten zu schaffen, um den Domplatz und sein Umfeld stärker gastronomisch zu nutzen,
- private Initiativen zur Belebung der Innenstadt unbürokratisch zu unterstützen.

Magdeburg und Elbe

Wirtschaftsraum Elbe: Die Elbe hat als gewerblich genutzter Schifffahrtsweg eine besondere Bedeutung für die Stadt Magdeburg. Die FDP bekennt sich nachdrücklich zur Elbe als Schifffahrtsweg. Im Rahmen der konzeptionellen Gesamtentwicklung der Schifffahrtswege in der Bundesrepublik Deutschland muss den Interessen der Landeshauptstadt beim Ausbau der Elbe besondere Beachtung geschenkt werden.

Der Magdeburger Hafen muss wasserstandsbeständig werden. Durch eine Schleuse am Abstiegskanal des Mittellandkanals zur Elbe ist der Hafen auch bei Niedrigwasser in der Elbe zum Mittellandkanal hin schiffbar. In diesem Zusammenhang muss auch der Magdeburger Hafen selbst weiterentwickelt werden.

Erlebnisraum Elbe: Die Elbe muss stärker in das Stadtbild integriert werden und für die Städter erlebbar werden – durch den Ausbau von Promenaden, die behutsame Entwicklung alter Brachen und die Integration von Gastronomie und Events direkt am Fluss.

Dieses Potenzial einer Stadt am Fluss ist bislang noch viel zu wenig genutzt worden. Zwar sind bei der Einbeziehung der Elbe in das Stadtleben in den letzten Jahren Fortschritte erzielt worden. Dennoch sind weitere Schritte nötig.

Die FDP fordert

- eine bessere Einbeziehung des Elbe-Radwanderweges in die touristischen Konzepte der Stadt,

- die Weiterentwicklung des Konzepts „Perlenkette“ (Uferbebauung von Buckau bis Westerhüsen) sowie mehr Sportmöglichkeiten und saisonale Gastronomie am Elbufer, damit der Uferbereich der Elbe mehr Freizeitwert und Wohnqualität gewinnt,
- die Wiedereröffnung von Flussbadeanstalten zu prüfen, da die Wasserqualität sich in den letzten Jahren deutlich verbessert hat.

Stadtumbau Ost

Die Stadt Magdeburg steht städtebaulich vor einer großen Herausforderung. Durch das Schrumpfen der Stadt – d.h. den Verlust Tausender Einwohnern jährlich – gibt es einen sehr hohen Wohnungsleerstand. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigt. Gerade in Zeiten leerer Kassen benötigen wir in Magdeburg einen tief greifenden Strukturwandel. Der Stadtumbau Ost bietet die Chance, entstandene bauliche Missstände zu beseitigen und die Attraktivität unserer Stadt zu erhöhen.

Die FDP fordert deshalb:

- eine Anpassung des Wohnungsangebotes an den Bedarf,
- eine engere Zusammenarbeit von Stadt, Land, Bund (um zum Beispiel Fördermittel effektiv und zügig einsetzen zu können),
- eine noch engere Zusammenarbeit von Stadt, Wohnungsgenossenschaften und Bürgern,
- den Erhalt bzw. den Neubau alters- und behindertengerechter Wohnungen,
- die Stärkung der Infrastruktur in den Stadtteilzentren (z.B. durch Förderung der Einzelhändler, Beseitigung bürokratischer Hemmnisse, Kurzzeitparkplätze),
- die Befreiung der Wohnungsunternehmen von DDR-Altschulden.

Innerstädtische Brachen

Die FDP setzt sich für eine bessere Nutzung und Pflege der innerstädtischen Baulücken und Brachen ein. Dazu muss die Stadtverwaltung verstärkt das Gespräch mit den Eigentümern suchen. Ist eine Nachnutzung kurzfristig nicht zu gewährleisten, muss zumindest für eine angemessene Instandhaltung der Flächen gesorgt werden.

Gemäß dem Grundsatz des Grundgesetzes, dass „Eigentum verpflichtet“, müssen bestehende rechtliche Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Eigentümer ggf. zu kooperativem Handeln zu veranlassen. Neue gesetzliche Regelungen sind zu initiieren, wenn eine Brache länger als zehn Jahre besteht. Dies gilt beispielsweise für das „Haus des Handwerks“, den „Kristallpalast“, das „Haus der Lehrers“ und die ehemaligen Bauarbeiterhotels an der Erzberger Straße.

Die Entwicklung des alten Bahngeländes an der Elbe zwischen Klosterberggarten und Fürstenwall ist voranzutreiben

Stadtmarketing

Magdeburg muss mehr wahrgenommen werden - national und international. Die FDP fordert deshalb ein professionelleres Stadtmarketing, das jene historischen Persönlichkeiten und Baudenkmäler der Stadt in den Vordergrund rückt, die schon heute außerhalb Sachsen-Anhalts bekannt sind. Nur diese haben eine Chance, auf Dauer zu „Markenzeichen“ Magdeburgs zu werden, die für die Stadt weithin Sympathie und Interesse wecken.

An erster Stelle muss dabei Kaiser Otto der Große stehen, eine historische Gestalt von europäischem Rang. Der enorme Erfolg der Ottonenausstellung 2001 im kulturhistorischen Museum hat gezeigt, wie groß das Interesse außerhalb der Region an ottonischer Geschichte ist. Die FDP begrüßt nachdrücklich, dass die Stadt ab 2005 einen Kaiser-Otto-Preis vergeben wird. Dies genügt allerdings nicht. Die FDP fordert noch viel intensivere Bemühungen, die Stadt Magdeburg in ihrer Außendarstellung mit Otto dem Großen und dem Magdeburger Dom als Grabstätte Ottos zu verbinden.

Mit begrenzten Zielgruppen bieten sich folgende weiteren Schwerpunkte für das Stadtmarketing an:

- das Kloster Unser Lieben Frauen für Freunde mittelalterlicher Klosterkultur und moderner Kunst,
- Otto von Guericke und die Lukasklausur für Freunde der Geschichte der Naturwissenschaften,
- Wallanlagen, Kasematten und Kavaliere für Freunde preußischer Geschichte,
- die eindrucksvollen Parkanlagen bis hin zum Elbauenpark mit dem Jahrtausendturm für Freunde der Gartengestaltung,
- der soziale Wohnungsbau der 20er-Jahre für Freunde der klassischen Moderne in der Architektur.

Bürgernahe und effiziente Verwaltung

Die Arbeit an der Verwaltungsreform muss fortgesetzt werden. Dabei darf nicht allein das Einsparen von Personal im Vordergrund stehen, so wichtig es auch zur Konsolidierung des Haushalts ist. Es muss auch die Qualität und Kundennähe der angebotenen Dienstleistungen verbessert werden.

Die FDP fordert deshalb:

- eine weitere Verlagerung von Aufgaben in die Bürgerbüros,
- die Vereinfachung der Verwaltungsabläufe,
- bürgerfreundliche Öffnungszeiten,
- die Verbesserung des bestehenden Internetangebotes und die Erweiterung der Zugriffsmöglichkeiten (z.B. durch ein „Bürgernetz“).

Die Beteiligungen der Stadt sind daraufhin zu überprüfen, ob eine völlige oder teilweise Privatisierung oder eine Zusammenlegung von Gesellschaften für die Landeshauptstadt wirtschaftlich ist.

Magdeburg - Motor der Region

Magdeburg lebt von seinem Umland, aber das Umland lebt auch von Magdeburg. Beides bildet eine Einheit und muss sich als ein Gemeinsames verstehen. Dies macht eine Intensivierung der Zusammenarbeit notwendig.

Die FDP spricht sich für eine Stärkung der regionalen Zusammenarbeit aus, insbesondere durch

- Entwicklung eines gemeinsamen Verkehrsverbundes der MVB mit dem Magdeburger Umland,
- Intensivierung der regionalen Planungsgemeinschaft, bestehend aus den Landkreisen Bördekreis, Jerichower Land, Ohrekreis, Schönebeck und der Landeshauptstadt Magdeburg,
- Erweiterung der Regionalen Planungsgemeinschaft zu einem Stadt-Umlandverband Magdeburg-Börde.

Einrichtungen wie der öffentliche Personennahverkehr, das Theater der Landeshauptstadt und der Zoo sollen in Zukunft durch den Umlandverband Magdeburg-Börde gemeinsam finanziert und betrieben werden.

Liebe Magdeburgerin und lieber Magdeburger,

nur eine starke FDP-Fraktion kann diese Forderungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Magdeburg umsetzen.

Deshalb: Geben Sie am 13. Juni 2004 Ihre Stimmen den Kandidatinnen und Kandidaten der Magdeburger FDP.

FDP - Stark vor Ort